

## **„... und raus bist Du!“ Geplante Kürzungen nehmen Kindern Perspektiven Pressegespräch Mi 27.3. um 9 Uhr, Klostergasse 15, 3100 St. Pölten**

„Ein Großteil der Mitglieder<sup>1</sup> des NÖ Armutsnetzwerks hat täglich, beruflich oder ehrenamtlich, mit Menschen zu tun, auf deren Leben sich sozialpolitische Entscheidungen konkret und unmittelbar auswirken. Deshalb warnen wir davor, durch Kürzungen bei Leistungen der Existenzsicherung, Menschen, die es ohnehin schon schwer haben, noch mehr zu nehmen!“ mit diesem Appell wendet sich Barbara Bühler, Obfrau des NÖ Armutsnetzwerks, einem Netzwerk aus 23 Organisationen aus ganz Niederösterreich an die Öffentlichkeit.

Der Gesetzesentwurf zur „Sozialhilfe neu“ wird voraussichtlich im Mai im Nationalrat behandelt, danach obliegt es den Ländern Ausführungsgesetze zu beschließen. Aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wird die „Sozialhilfe neu“.

Eine einheitliche Regelung der Mindestsicherung ist aus Sicht des NÖ Armutsnetzwerks sinnvoll, wenn diese bundeseinheitliche Regelung dem Anspruch der Vermeidung und Bekämpfung sozialer Notlagen gerecht wird. Den vorliegenden Gesetzesentwurf betrachten die Mitglieder des Netzwerks jedoch mit großer Sorge.

Während im derzeit geltenden NÖ Mindestsicherungsgesetz als Ziel die „Vermeidung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausschließung oder von anderen sozialen Notlagen bei hilfsbedürftigen Personen“ angeführt wird, kommen diese Ziele im Gesetzesentwurf der „Sozialhilfe neu“ nicht mehr vor.

„Wir sind betroffen über diese Abkehr von einem zentralen Prinzip der österreichischen (Sozial)Politik: Menschen in einer Notlage ein Mindestmaß an Teilhabe zu ermöglichen und ihnen damit Perspektiven zu geben.“ so Barbara Bühler.

Besonders treffen werden die geplanten Änderungen eine Gruppe, die sich in der medialen und politischen Diskussion nicht selbst Gehör verschaffen können: Kinder. Von allen Menschen, die in NÖ auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen sind, sind mehr als 1/3 Kinder (Februar 2019: 36,9%).

„Armut bekämpfen, soziale Teilhabe ermöglichen – dafür setzen wir uns ein, weil wir letztlich alle verlieren wenn Grundfeste sozialer Sicherheit abgebaut werden.“

Mag.<sup>a</sup> (FH) Barbara Bühler, Bakk.phil., NÖ Armutsnetzwerk



<sup>1</sup> Unsere Mitgliedsorganisationen (Stand März 2019):  
arbeit plus-Soziale Unternehmen NÖ, AK Niederösterreich, AUGÉ Arbeitsgemeinschaft unabhängige und grüne Gewerkschaften, Beratungsstelle FAIR, Volkshilfe Wien, Caritas der Diözese St. Pölten, Caritas der Erzdiözese Wien, Diakonie Flüchtlingsdienst, Emmausgemeinschaft St. Pölten, Frauenplattform Krems, Frauenberatung Waldviertel, HSSG Hilfe zur Selbsthilfe für seelische Gesundheit, Katholische Aktion der Diözese St. Pölten, Katholisches Bildungswerk St. Pölten, NÖ Landesverein für Erwachsenenschutz, Psychosoziales Zentrum Schiltern GesmbH, PSZ – Psychosoziale Zentren GmbH, Rotes Kreuz NÖ, Verein Soziale Initiative Gmünd, Verein Wohnen, Volkshilfe NÖ, NÖ Schuldnerberatung, zb zentrum für beratung, training und entwicklung

Wie massiv die Einschnitte für eine Familie mit mehreren Kindern sein werden, zeigt das Beispiel der Familie Huber (Name geändert).

Frau Huber kümmert sich um ihren krebskranken Mann und bemüht sich ihren vier Kindern trotz der Erkrankung ihres Vaters eine Perspektive zu bieten.

Das Familieneinkommen ist mehr als knapp, notwendige Reparaturen werden aufgeschoben, die Kinder erleben schon früh, was es heißt nicht dazu zu gehören - die Kosten für einen Skikurs kann sich die Familie nicht leisten.

Wird die Sozialhilfe neu wie geplant umgesetzt, wird es Familien mit mehreren Kindern, die auf Leistungen der Mindestsicherung/ bzw. Sozialhilfe angewiesen sind besonders treffen: Aufgrund der geänderten Richtsätze für Familien mit mehreren Kindern würde Familie Huber, wenn die Sozialhilfe neu wie geplant umgesetzt wird, um fast 40% weniger Unterstützung (in Form der Mindestsicherung, bzw. Sozialhilfe) erhalten. Diese Unterstützung wird fehlen, im Alltag, ganz konkret und real.

Konkret waren im Februar 2019 in NÖ von insgesamt 16.722 Menschen, die auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen waren, deutlich mehr als ein Drittel (36,9% oder 6166 Personen) Kinder.

Mag. Karl Fakler, NÖ Armutsnetzwerk



Das am 13. März im Ministerrat beschlossene Sozialhilfe-Grundsatzgesetz bedeutet einen massiven Einschnitt in die soziale Absicherung von in Österreich lebenden Menschen und beschneidet ein wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung.

Der österreichische Städtebund hat in seiner Stellungnahme vom 10.1. d.J. die Änderungen im Rahmen der laufenden Sozialhilfeunterstützungen für den Lebensunterhalt und Wohnbedarf kritisiert.

1. Die Vorrangigkeit von Sachleistungen führt zu einem höheren bürokratischen Mehraufwand und bringt eine noch größere Abhängigkeit für die BezieherInnen mit sich.
2. Ab dem 3. Kind in einem Haushalt ist im Sozialhilfe-Grundsatzgesetz eine Leistung von 5 % des Netto-Ausgleichszulagenrichtsatzes (€ 44,27; derzeit 23 % für jedes Kind) vorgesehen, d.h. der mtl. Anspruch dieser Familien erfährt ab dem 3. Kind lediglich eine minimalste Erhöhung, was zu einer deutlichen Reduktion der Gesamtunterstützungshöhe führt.
3. Einen Anteil von 35 % (ca. € 300,- für alleinstehende Personen) der zu gewährenden Leistung nur für Personen vorzusehen, welche über einen österreichischen Pflichtschulabschluss oder bestimmte Sprachkenntnisse verfügen, fördert die Ausgrenzung und Verarmung dieser Menschen.
4. Es gibt derzeit bereits ausreichende und wirksame Kontrollsysteme im Rahmen der Mindestsicherungsgesetze, zusätzliche – wie im Sozialhilfe-Grundgesetz vorgesehen – erscheinen aus Sicht der Sozialhilfebehörden weder notwendig noch sinnvoll.

Diese Gesetzesänderung wird dazu führen, dass in Zukunft auch nicht mehr die rudimentärsten Grundbedürfnisse erfüllt werden können.

Mag. Matthias Stadler

Vorsitzender der Landesgruppe Niederösterreich des österreichischen Städtebundes

Bürgermeister der Landeshauptstadt St. Pölten



Über ein Drittel der Bezieher\_innen der bedarfsorientierten Mindestsicherung (in Zukunft: Sozialhilfe neu) in Niederösterreich sind Kinder.  
Und kein Kind kann beeinflussen, in welche finanziellen Verhältnisse es geboren wird.  
Gleichzeitig sind die finanziellen Möglichkeiten der Familie enorm wichtig für die Zukunftsperspektiven der Kinder.

Deswegen ist es für die Katholische Jungschar wichtig, Chancengleichheit herzustellen, damit alle Kinder die gleichen Möglichkeiten haben sich gut zu entwickeln.  
Armut bedeutet für Kinder oft nicht nur die schwierige finanzielle Situation in der Familie zu erleben, sondern geht oft einher mit zusätzlichen Ausgrenzungen in der Schule (z.B. wenn die Teilnahme an Ausflügen nicht möglich ist), und keiner Chance seine Freizeit aktiv zu gestalten...

Wir sehen Kinder nicht als Anhängsel von Familien, die abnehmende Kosten in der Versorgung lebenswichtigen Gütern verursachen, sondern als eigenständige Subjekte.  
Alle Kinder sollten gleich behandelt werden, mit dem Ziel ihnen Wege aus der Armut aufzuzeigen.

Für uns als Katholische Jungschar ist es wichtig, dass jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, gleich behandelt wird und die Chance bekommt, sich seinen Bedürfnissen und Begabungen entsprechend zu entwickeln.

Samuel Ziselsberger  
Katholische Jungschar der Diözese St. Pölten



Für Rückfragen: Barbara Bühler  
Obfrau und Koordinatorin NÖ Armutsnetzwerk  
0650/ 37 577 81 [armut\\_in\\_noe@gmx.at](mailto:armut_in_noe@gmx.at)